

Wollten Sie nicht schon immer wissen, was der Elefant im Porzellanladen so macht?

# Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre und solche, die es lieber nicht werden wollen.

Ausgabe Dezember 2006



# Schöne Bescherung

**Neues Jahr, wieder kein Glück?  
Der Deutsche Journalisten-Verband  
machtlos in der Mecker-Ecke**

DJV-KRISE

# Schon drei schreckliche Jahre

## Der DJV im Würgegriff von Dummheit und Rechtsverachtung

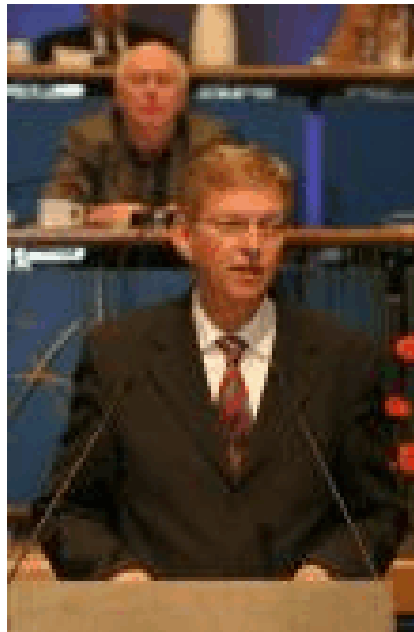
Der letzte einigermaßen glückliche Tag im Leben des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) war der 10. November 2003. Am nächsten Tag wurde der Marketingberater Michael Konken (SPD) zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Von nun an ging's bergab. Erst Flurschäden durch tatsachenfreie Angriffe auf die Bundesregierung, dann ein wochenlanger Streik unter Ausschluß der Öffentlichkeit, dann am Aschermittwoch 2004 ein Tarifabschluß mit fünf Prozent minus, dann zur Ablenkung der Ausschluß von Berlin und Brandenburg, dann die schier endlose Kette von Blamagen und Niederlagen bei Gericht und in der Öffentlichkeit, dann der Ruin des DJV-Bildungswerks im Jahr „Jahr der Bildung“, dann der Verlust aller Geldreserven bis zur völligen Handlungsunfähigkeit, etc., etc.

Ein Wirtschaftsführer mit so einer Bilanz wäre längst auf Hartz-IV. Doch beim DJV sorgt Stimmvieh aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg sogar noch für die Wiederwahl des größten Versagers in der Verbandsgeschichte.

Es gelingt nichts mehr. Und je klarer das wird, umso fanatischer und irrationaler sind seine Haßausbrüche

gegen eingebildete Feinde. Beispiel Brandenburg. Der „böse“ Verband muß ruiniert werden, egal wie, egal wie teuer. Und schnell.



Vorsitzender Konken (in Mannheim): Ausschluß Brandenburgs gescheitert

Selbst wenn es gelänge, wäre es vollkommen nutzlos: Die Spur der Mißerfolge bleibt, die vergeigten Millionen kommen nicht zurück, der Ruf des früher geachteten DJV bleibt im Keller. So bot der verzweifelte Dauerverlierer vor der schrumpfenden Zahl seiner Getreuen in Mannheim ein jammervolles Bild.

Michael „Das Weichei“ Konken hat es schon wieder getan. Kaum war die dem Verbandstag vorgeschaltete Sitzung des DJV-Gesamtvorstands eröffnet, wandte sich der „Problembär“ aus Niedersächsisch Sibirien an den Brandenburgischen Bevollmächtigten Hans Werner Conen: „Ich fordere Sie auf, den Raum zu verlassen.“

Ein Déjà-vu. Conen antwortete wie gewohnt ruhig: „Herr Vorsitzender, ich bin berechtigt hier und gehe nicht. Und wenn Ihnen das nicht gefällt, rufen Sie doch die Polizei.“

Das saß. Der Marketingberater - ratlos. Nach einigem Tuscheln mit Hausmeier Hubert „Der Pate“ Engeroff und Benno „The Loser“ Pöppelmann berief der ratlose Konken erst einmal einen Arbeitskreis ein. Der tagte „ad hoc“ mit den Alten Herren vom verbandseigenen „Opus Dei“ auf dem Flur. Nach einigen Minuten erschienen die wild entschlossenen Führer wieder im Saal. Marketing-Mann Konken verkündete die frohe Botschaft: „Herr Conen, Sie können bleiben, dürfen aber nicht reden. Und nachher erstatten wir Strafanzeige gegen Sie.“

Conen schmunzelte. Auf seinem Block notierte er die Worte „Maulhelden“, „schon wieder eingeknickt“

und „er kann es nicht.“ Dann schickte er eine SMS an das im Foyer wartende Kamerateam mit dem Text: „Ihr könnt Kaffee trinken!“

Die Sitzung der DJV-Granden im Mannheimer „Rosengarten“, wo anno 1995 Oskar Lafontaine den heutigen Ober-Radfahrer Rudolf Scharping vom SPD-Thron stieß, hatte schon erstaunlich begonnen.

Im Gefolge des Verlierer-Trios Konken, Engeroff und Pöppelmann waren drei Gestalten im Gänsemarsch hereingekommen, die man im DJV-Gesamtvorstand, der Runde der Landesvorsitzenden, bisher nicht kannte: Martin-Alexander Stitzer, als Förderer der Getränkeindustrie bekannter Ehemaliger aus dem Vorstand des DJV-Brandenburg, der schon im November 2005 zurückgetreten war. Ihm folgte Georg Schubert, fallierter Beisitzer aus Brandenburg, und als „Engeroffs U-Boot“ in Potsdam nur noch formal im Amt. Den Schluß der „Judas-Prozession“ (Conen) bildete David Eckel, ehrgeiziger Nachwuchspolitiker von der stramm rechten CDU im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf und Vorstandsmitglied beim „Verband Junger Journalisten“ (VJJ), der beim DJV per Unvereinbarkeitsbeschluß auf der „Roten Liste“ steht und bisher als „rechtsextremistisch“ bis „neo-nazistisch“ galt.

Die nach Gutsherrenart zusammengestellte „Dreierbande“ - einschließlich des VJJ-Manns - sollte nach dem Willen des DJV-Bundesvorstands den Landesverband Brandenburg „vertreten“. Denn die wirklichen Vertreter des ungeliebten Verbands sind bei Hofe nicht gelitten und werden nach der Methode „legal, illegal, scheißegal“ vor die Tür geschickt. Das ist etwa so, als würde die Berliner Große Koalition die Abgeordneten der FDP oder der Grünen auf dem Klo einschließen und selbst bestimmen, wer für die Opposition Kritik an der Regierung üben darf - der Unterschied zwischen Demokratie und Volksdemokratie ist beim DJV noch immer zu besichtigen.

DJV-„Weichei“ Konken, gestern noch mit Schreckensmeldungen über „rechte Unterwanderung durch dubiose VJJ-ler“ unterwegs, hatte sich die willigen Vollstrecker trotz Ebbe in der eigenen Kasse etwas kosten lassen: Stitzer, Schubert und Eckel reisten „all inclusive“ an den Rhein und wurden schon am Tag zuvor hofiert und bewirtet.

Einer fehlte in der „Koofmich-Truppe“ und am Luxus-Buffer: Bernd Martin, früherer Vorsitzender in Brandenburg, ließ sich nicht kaufen. Geschäftsführer Engeroff („Der Pate“) hatte „Alles frei“ angeboten - vergeblich. Aus der „Viererbande“ wurde nichts.



„Judas“ Georg Schubert:  
Als „Engeroffs U-Boot“ in Potsdam

Die Peinlichkeit von Mannheim hatte Vorgänger. Ex-Vorstand Stitzer hatte schon einmal - beim Verbandstag 2005 in Weimar - gegen das Versprechen „Frei saufen!“ die Seite gewechselt. Als anschließend der vollmundig versprochene „Machtwechsel“ in Brandenburg ausblieb, schickte der DJV eine Rechnung für Speis' und Trank und Luxushotel.



Jung-Politiker David Eckel:  
Als VJJ-Vorstand an Konkens Hof

Die Seilschaft, die den DJV seit Konkens „Macht“-Übernahme in der Abwärtsspirale hält, will unter sich sein. Andersdenkende, Kritiker - neo-liberale gar - sollen weggebissen werden, bevor sie ihre Argumente sagen können. Denn einer demokratischen Auseinandersetzung sind so manche „Freizeit-Stalinsten“ von der Journalisten-„Gewerkschaft“ wohl nicht gewachsen. Sie können vor allem nicht sagen, was denn weiter gegen Brandenburg spricht, nachdem zahlreiche Gerichte unisono die einmal genannten Gründe - von „Wahlfälschung“ bis „Rechtsextremismus“ - als erfundenen Unfug verworfen haben.

Bei Konken und Co. jubelt man zwischen Luxus-Buffer und fettem Tagegeld „einmütig“ allem zu, was „von oben“ kommt. Nur das, so glauben die etwas einfältigen Arbeiterführer, unter denen sich schon lange kein Journalist von Namen mehr findet, überzeuge die Arbeitgeber, den bitterbösen Klassenfeind, von der Schlagkraft des DJV-Proletariats. Und dennoch: „Tarifexperte“ Engeroff bringt Minus auf Minus nach Hause. Dafür, so erklärte er in Mannheim ganz ungeniert, habe er das überlebenswichtige Feuchtbio-top der Funktionäre, den Flächentarif „erhalten“. Derweil treten etwa in Baden-Württemberg reihenweise Mitglieder aus, weil sie Opfer für das Wohlergehen von DJV-Luxus-Apparatschiks nicht für den Sinn einer „Gewerkschaft“ halten.

Während Brandenburgs Conen als furchtsam beäugte „feindlich-negative Kraft“ durch schiere Anwesenheit die Kreise der Kungler störte, taten die so, als verträten sie Mitgliederinteressen statt eigenen, beklagten die schlechten Zeiten und die Bosheit der Feinde. So sei Geschäftsführer Köhler von den nordrhein-westfälischen Zeitschriften-Verlegern ein „Amok-Läufer“, der das Schlimmste im Sinn habe, was sich der deutsche Arbeiterführer ausdenken kann - „Systemveränderung“. Angsterfüllte Besitzstandswahrer träumen von der guten alten Zeit.

Eigentlich will es niemand mehr wissen, weil sich für einen ruinierten Club mit leerer Kasse keiner mehr interessiert: Der DJV hat bei Gericht schon wieder verloren. Diesmal allerdings endgültig.

Der Weg, der am 22. Juni 2004 in Schwerin mit dem willkürlichen Rauswurf von zwei Landesverbänden mit rund 5.000 an allem Streit völlig unbeteiligten Mitgliedern des einst angesehenen Journalistenclubs begann, endete am 2. November 2006 in einem Beratungszimmer beim Brandenburgischen Oberlandesgericht in Brandenburg an der Havel. Die drei Richter des ersten Zivilsenats beschlossen einstimmig, die Berufung des DJV-Bundesverbands gegen das Urteil des Landgerichts Potsdam, das den Rauswurf als rechtsunwirksam erkannt hatte, zurückzuweisen und alle Kosten dem DJV anzulasten; Aktenzeichen 1 U 23/05 Die Revision zum Bundesgerichtshof wurde nicht zugelassen.

Der Rauswurf Brandenburgs mit frei erfundenen Schein-Gründen von „Wahlmanipulation“ bis „Verschwörung von Rechtsextremen“ ist damit vollständig und endgültig unter enormen Kosten gescheitert.

Die Begründung hat das Gericht schon am 15. September 2006 geliefert. „Selten,“ so ein bekannter Jurist nach der Lektüre, „hat ein Gericht einen Kläger so abgewatscht wie hier den DJV. Dem Verband wird grober Rechtsbruch und gänzliche Uneinsichtigkeit bescheinigt.“

Das kommt einem bekannt vor. Und es läßt fürchten, daß der Alptraum nicht zu Ende ist.

Schon im August 2006, als das Debakel mit der von Anfang an sinnlosen Berufung sich abzeichnete, beschloß das Politbüro des Vorsitzenden Konken wie in Trance, gleich den nächsten Ausschluß der verhaßten brandenburgischen Kritiker zu inszenieren. Diesmal lautete die „Begründung“ auf Beitragsrückstand.

Den freilich hatte der rachedurstige Nicht-Journalist mit den flotten Solidaritäts-Sprüchen an der Spitze des DJV listig vorher selbst produziert, um die bei Gericht Erfolgreichen dann eben finanziell zu ruinieren. Den Brandenburgern wurde zuerst ohne jede Begründung durch Willkürakt die sogenannte Strukturhilfe gestrichen, die alle ostdeutschen Verbände seit Anbeginn erhalten, weil sie aus eigenen Einnahmen nun einmal nicht leben können. Für die anderen wurde eine neue Kasse eingerichtet. Kaum war die Hilfe weg, forderte Konken von Brandenburg den vollen DJV-Beitrag - wohl wissend, daß der von keinem ostdeutschen Verband aufgebracht werden kann.

Zum Ausschluß kam es zur tiefen Verbitterung von „Weichei“ Konken in Mannheim dennoch nicht. Der glücklose Marketingmann mußte den Gang nach Canossa antreten und mit versteinerten Gesicht den hinterhältigen Antrag am Rednerpult zurückziehen - nur dreißig Sekunden lang, aber mega-peinlich.

Voraufgegangen war der - übliche - Versuch, die Delegierten vor allem der großen Landesverbände als Stimmvieh „einzunorden“. Druck und Drohung hatten beim vorigen Versuch auf dem Sonderkongreß in

Frankfurt am Main noch gut funktioniert. Bei der offenen Abstimmung hatten es nur wenige Delegierte gewagt, sich den „kleinen Stalins“ aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zu widersetzen. Doch diesmal war - auf gerichtlichen Befehl - geheime Stimmabgabe angesagt. Und Delegiertenkonferenzen hatten ein aus der Sicht der Hardliner um Konken, Geibel, Spohr und Stöckel verheerendes Ergebnis: Ganze Landesverbände, so der Berliner, wollten geschlossen abstimmen - gegen Konkens Haßpredigten und seinen Ausschlußantrag.

Da blieb nur der Rückzug. Freilich stieß der abermalige Verlierer dabei noch finstere Drohungen aus, die so gar nicht nach Frieden und Solidarität klangen: Man habe einen „effektiveren Weg“ zum Ziel gefunden, so der Marketingmann im fortdauernden Blutausch. Was gemeint ist, ist klar: Mit Hilfe der böswillig herbeigeführten Beitragsnot des Landesverbands hat „Engeroffs U-Boot“ Schubert einen Insolvenzantrag gegen den eigenen Verein angezettelt. Brandenburgs Minhardt: „Kaum liegt der Vorsitzende auf der Intensiv-Station, kommen diese Leute aus ihren Löchern. Wer Charakterstudien machen will, hat beim DJV ein weites Feld.“

Von der von Konken vor großem Publikum angekündigten Strafanzeige gegen Brandenburgs Conen - wegen „Hausfriedensbruch“ - wußte die nach dem Tatortprinzip zuständige Staatsanwaltschaft Mannheim auch drei Wochen nach der „Tat“ - nichts. „Täter“ Conen: „Ich habe meine Notizen vorgenommen und bei dem Wort ‚Maulheld‘ ein Ausrufezeichen hinzugesetzt.“

**Der Stadl. Ohne ihn stünde man ziemlich dumm da.**

## DJV-BRANDENBURG I **Vernichtungskrieg im Osten, dritter Winter**

„Als sie von Torsten Witts schwerem Schlaganfall, von Lähmung und Intensivstation hörten,“ berichtet ein Insider aus dem DJV-Politbüro, „brach hier regelrechtes Triumphgeheul aus.“ Denn daß man einen gesunden Brandenburgischen Vorsitzenden weder bei Gericht noch bei den Verbandstags-Delegierten niedermachen kann, ist inzwischen evidente Erfahrung - nicht umsonst heißt „Justitiar“ Pöppelmann „The Loser“. „Zuerst haben die Verbandsoberen noch Sprüche wie ‚Nur ein toter Witt ist ein guter Witt‘ losgelassen,“ hört man weiter, „doch als man sicher war, daß Witt sich auch lebend nicht wehren kann, entschloß man sich zum Handeln.“

Und das hieß: Das selbst an Geldmangel schon zur Jahresmitte 2006 zugrunde gegangene „DJV-Bildungswerk in Liquidation“ reichte gegen Witts DJV-Brandenburg einen Insolvenzantrag bei Gericht ein. Das Ziel: Die Auflösung des DJV-Landesverbands. Was Gerichte und Delegierte verweigerten, soll nun die listig provozierte Insolvenz doch noch erreichen.

Doch schnell verbreitete sich die Kunde, daß die 2.900 Euro, die Brandenburg tatsächlich wegen des plötzlichen Ausfalls des Vorsitzenden kurzfristig schuldig war, von einem Gönner vorgestreckt werden sollten. Das wäre das Ende der Insolvenz, bevor sie beginnt.

Da versuchte es der DJV-Bundesverband erst einmal mit Stimmungsmache und Denunziation. An die Gutachterin Claudia Höpner von der Berliner Kanzlei Brinkmann und Partner - ein bekannter „Insolvenz-Multi“ in Sachen Firmenbestattung -, die im Auftrag des Gerichts vor Einleitung von Maßnahmen erst einmal prüfen soll, ob

etwas dran ist am Insolvenzantrag, schrieb er anbiederisch: „... daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten sehr daran interessiert sind, Ihnen mit Auskünften ... behilflich zu sein.“ Sogar kostenlos Argumente gegen den eigenen Landesverband in Brandenburg für die Gutachterin auszuarbeiten, bot der Anwalt des DJV schleimig an.



**Brandenburgs Torsten Witt:  
Schlaganfall mit 43, Freude beim DJV**

Aus Dutzenden Gerichtsverfahren ist die „Nordkorea-Politik“ des DJV-Bundesverbands bekannt. Plumpe Irreführung wechselt mit freier Erfindung - für den eigenen Vorteil ist dort alles erlaubt. So „weiß“ der DJV von „erheblichen Unregelmäßigkeiten“ in der „Finanzverwaltung“ und flötet scheinbesorgt, einer Kassenprüferin seien Unterlagen nicht übergeben worden. Das Entscheidende fehlt: Die Kassenprüferin war keine, weil sie mit der Spaltertruppe um den Alt-SED-Mann Specht den Landesverband längst verlassen hatte. Und: Ein von den Ausgetretenen initiiertes Ermittlungsverfahren wegen angeblicher „Unregelmäßigkeiten“ wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt - wegen erwiesener Unschuld der Verantwortlichen des DJV-Brandenburg.

Frei aus der Luft gegriffen werden Behauptungen wie die, der Landesvorsitzende Witt habe „ein Gehalt

bezogen“. „Beweis“: Man habe danach gefragt - und nichts gehört. Von gleicher Qualität ist die Behauptung, es seien „Sitzungsgelder und sonstige Auslagen für Vorstandsmitglieder in weit überzogener Höhe ausgezahlt“ worden. Beweis: Dies sei dem DJV „zugetragen“ worden.

Die Wahrheit ist: Kein jetziges Brandenburger Vorstandsmitglied hat je auch nur einen Euro „Gehalt“ oder „Sitzungsgeld“ oder „Auslagenersatz“ erhalten - alle haben Reisen und Auslagen aus eigener Tasche bezahlt und nie etwas geltend gemacht. Gewerkschafts-Apparatschiks auf Ego-Trip mit vierzehn Luxusgehältern und fürstlichen Spesen können das eher nicht verstehen.

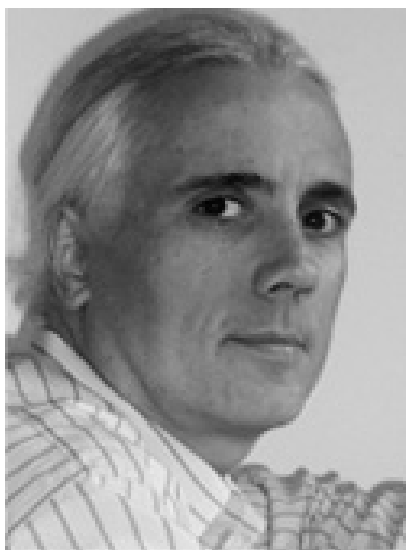
Eine an Stasi-Moral erinnernde Arabeske des Denunziations-Angebots des DJV: Konken und Co. raten der Gutachterin Höpner treuherzig, doch das Brandenburger Büro zu inspizieren, denn es könnten ja „Akten schon verschwunden“ sein.

Da ist was dran. Bereits nach dem unfreiwilligen Abgang der früheren Geschäftsführerin und ehemaligen Lehrerin an einer Parteischule der SED, Monika Morgenstern (Monatsgehalt 4.500 Euro mal 14), suchte der neue Vorstand vieles vergeblich. Wo die Akten geblieben sind und in wessen Auftrag sie fortgeschafft wurden, gehört zu den eher leichten Rätseln im Fall DJV. Immerhin läßt sich noch rekonstruieren, daß SED- bzw. PDS-nahe Organisationen und ein kommunistischer Bürgermeister-Kandidat erhebliche Zahlungen erhalten haben. Und daß die SED-Konfidentin Morgenstern fast jedes Wochenende dienstliche Gespräche ausgerechnet in Eberswalde hatte, wo ihre Luxus-Datsche stand, ist auch aktenkundig.

Ob seit der plötzlichen Erkrankung Torsten Witts weitere Dokumente abhanden gekommen sind, wird

gerade untersucht. „Wir wissen sicher, daß der leider mit unserem Prozeßgegner gemeinsame Sache machende Beisitzer Georg Schubert Gegenstände aus der Geschäftsstelle weggebracht hat, darunter Presseausweise,“ beklagt der neue Stellvertretende Vorsitzende Klaus Minhardt.

Auch die Mitteilung aus Konkens Politbüro, daß der Brandenburger Verband „über ca. 600 Mitglieder verfügt, die regelmäßig Mitgliedsbeiträge leisten“, war erkennbar dazu bestimmt, die Anwaltskanzlei auf fette Gebührenbeute für den Fall der Insolvenz „heiß“ zu machen.



Insolvenzrichter Thorsten Graeber:  
Erste Gewerkschaftspleite

Doch so recht scheinen die Ostland-Krieger in der DJV-eigenen Wolfsschanze nicht an den Erfolg ihrer allzu durchsichtigen Märchenstunde zu glauben. Denn sie schoben dem „Peanuts“-Antrag ihres Pleite-Bildungswerks zwei Tage später einen weiteren Insolvenzantrag gegen Brandenburg hinterher. Dabei geht es um rund 18.000 Euro, die der Bundesverband aus einem erstinstanzlichen, nicht rechtskräftigen Urteil meint fordern zu können (gegen Sicherheitsleistung von 120 Prozent) - und von denen er hofft, daß der DJV-Brandenburg sie nicht zahlen kann.

Das Problem für das Gericht in Potsdam: Die Insolvenzordnung fordert bei Anträgen von Gläubigern, daß diese Insolvenzgründe glaubhaft machen. Und Insolvenzgrund sind nun einmal nicht Schulden, auch nicht unbezahlte Schulden, sondern das Vorhandensein von mehr Schulden als Vermögen, also „Überschuldung“. Es genügt somit nicht, wenn der DJV meint, er habe Geld zu bekommen. Er muß auch zeigen, daß der DJV-Brandenburg das Geld dafür nicht hat.

Im Regelfall führt man den Nachweis der Überschuldung dadurch, daß man fällige Schulden durch den Gerichtsvollzieher einzutreiben versucht - und dies „fruchtlos“ verläuft. Doch der DJV hat wohlweislich keine Eintreibung versucht.

Nun weiß Insolvenzrichter Thorsten Graeber in Potsdam nicht, ob der DJV-Brandenburg nicht zahlen kann oder nicht zahlen will. Auf die Antwort auf diese Frage kommt es aber entscheidend an. Sie dürfte allerdings auf sich warten lassen, denn mit den Finanzen hat sich in Brandenburg der schon seit Wochen schwerkranke Vorsitzende Witt befaßt. Der jedoch soll sich nach der nachdrücklich geäußerten Ansicht seiner Ärzte jetzt erst einmal um seine Gesundheit kümmern - und um sonst gar nichts.

Deshalb gibt es seit kurzem zwei Bevollmächtigte, die sich bei Gericht und bei der Gutachterin schon gemeldet haben: Anwalt Professor Gero Himmelsbach aus München und Vorstandsmitglied Hans Werner Conen.

Die Ostland-Krieger in der DJV-Wolfsschanze fiebern derweil der Nachricht entgegen, daß zum ersten Mal in der deutschen Gewerkschafts- und Verbandsgeschichte eine Beruf- und Arbeitnehmerorganisation in die Insolvenz gegangen ist - vorsätzlich dahin getrieben von den eigenen Verbands-Kollegen. So infernalisch ist der Haß der Funktionäre auf die nicht linientreuen Kriti-

ker, daß sie - wie schon mit den abstrusen Ausschluß-Beschlüssen von 2004 - keine Rücksicht auf irgendetwas nehmen, nicht auf Solidarität mit Hunderten Mitgliedern, nicht auf Anstand, nicht auf noch mehr verlorenes Geld, nicht auf das verheerende Bild in der Öffentlichkeit.

Brandenburgs Conen: „Was uns nicht umbringt, macht uns stärker.“

KOMMENTAR

## Die Augen weit geschlossen

von Franco Molitor

Es ist die Krönung einer „Gewerkschafts“-Karriere - wenn man denn den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) noch als Gewerkschaft sehen möchte. Der Vorsitzende Konkens ist bisher auch schon durch unsägliches Tölpelleien und als williger Vollstrecker des verbandsinternen „Opus Dei“ aus verspäteten Alt-Achtundsechzigern aufgefallenen. Jetzt will er die erste Insolvenz einer Gewerkschaft seit dem Weltkrieg inszenieren. Er scheint nichts von dem zu begreifen, was er da tut.

Denn der eigene Landesverband Brandenburg, gegen den Konkens Hiwis allen Ernstes einen Insolvenzantrag wegen angeblicher Schulden bei Gericht gestellt haben, ist nur in den Schwierigkeiten, die ihm der eigene Dachverband heimtückisch und böswillig bereitet hat.

Mit irgendeiner „Sacharbeit“ hat das nichts zu tun. Es geht um die Befriedigung niederer Instinkte bei den „Gewerkschafts“-Bonzen, die Sündenböcke für ihr tarifpolitisches Versagen brauchen. Denn die an-

geblichen Journalisten-Vertreter fahren seit Jahren so dramatisch schlechte Minus-Abschlüsse ein wie seit Anfang der Fünfziger Jahre nicht mehr. Sie versagen bei ihrer selbstverordneten Hauptaufgabe, während andere Gewerkschaften - immerhin - für ihre Mitglieder zunehmend Plus-Ergebnisse nach Hause bringen.

Derweil andere also „Sacharbeit“ machen, leistet sich der DJV seit Amtsantritt des Mannes, den sie „Das Weichei“ nennen, haßerfüllte Funktionärskriege. Konken und seine erfolglose Nichtskönner-Truppe wollen ohne Rücksicht auf Verluste - und die sind riesig - Rache an den Kritikern in Brandenburg (und auch noch in Berlin) nehmen, die sich nicht einfach als Bauernopfer aus dem Dachverband ausschließen lassen wollten und dagegen in Dutzenden von Gerichtsverfahren höchst erfolgreich vorgingen.

Der blamierte Konken und die nicht minder als nackte Kaiser dastehenden Provinz-Ayatollahs Geibel, Stöckel oder Spohr haben den totalen Krieg ausgerufen. Bei Gericht waren sie erfolglos, die Verbandstags-Delegierten konnten sie nicht überzeugen - da haben sie in ihrer lächerlichen Gekränktheit das Finanzausgleichssystem so umorganisiert, daß Brandenburg, das genauso arm wie die übrigen ostdeutschen Verbände ist, als einziger nichts bekommt, aber vollen Beitrag zahlen soll. Es ist also eine aus niederen Motiven heraus inszenierte Not, die den verhaßten Andersdenkenden den Garaus machen soll.

Sollte das Schurkenstück gelingen, würde sich nichts ändern. Brandenburg ist nicht das Problem, Berlin auch nicht. Schon nach kurzer Zeit wird den

an ihren Pfründen klebenden Versagern von DJV-Bundesverband nicht anderes übrig bleiben, als neue Streitereien vom Zaune zu brechen, um von der wohl unabänderlichen Konstante des einst renomierten Verbands abzulenken: Raffgierige Funktionäre mit vierzehn Monatsgehältern und von Luxus-Hotel zu Luxus-Hotel sich durchschmarotzende „Ehren“-Ämtler, die keinen Namen als Journalisten, aber viel Sinn für Spesen haben.

Zwei Fragen werden wohl ohne Antwort bleiben:

1. Was spricht eigentlich gegen Brandenburg, nachdem die Gerichte die früher einmal genannten „Gründe“ verworfen haben?
2. Was spricht eigentlich aus Journalistensicht für die (teure) Mitgliedschaft im DJV, wenn der Mißerfolg an Mißerfolg reiht und sich seit Jahren einen „Bürgerkrieg“ leistet?

Wetten, daß „Weichei“ Konken schweigt?

## DJV-BRANDENBURG II

### **Neue Feinde in Potsdam**

Der Brandenburgische Vorsitzende Torsten Witt begrüßte seine Kollegen vom Rollstuhl aus. Die von nebenan und sogar aus dem Ausland zu einer Klinik im Berliner Westen angereisten Vorstandspersonen erlebten einen Vormann, der nach seinem Schlaganfall vor rund sechs Wochen hart um die Überwindung der Folgen seines Schlaganfalls von Ende Oktober 2006 kämpft. „Beim Laufen gibt es kleine Erfolge, der linke Arm macht noch nicht, was er soll,“ gab der Reha-Patient bekannt, der nach einem harten Trainingstag zur Sitzung geladen hatte.

Zunächst zeigten sich die im Fernsehzimmer versammelten Oppositionsführer zufrieden über das Scheitern des erneuten Ausschlußantrags auf dem DJV-Verbandstag in Mannheim. Ein Teilnehmer: „Der Dauerverlierer Konken kann nichts mehr durchsetzen. Er muß Angst vor der Vernunft der Delegierten haben, die den grotesken teuren Streit mit Brandenburg satt haben.“

Daß in Mannheim drei selbsternannte Brandenburger mit wirren Erklärungen so etwas wie einen Putsch versucht hatten, wurde nur noch kurz diskutiert. Statt dessen schritten die kampferprobten Unbeugsamen zur Nach- und Neuwahl, um die Konfrontation mit dem Prozeßgegner DJV in den Gerichtssaal zurück zu verlegen.

Für den schon vor längeren zurückgetretenen Martin-Alexander Stitzer, der sich bereits beim Verbandstag in Weimar und nun auch in Mannheim die Vertretung Brandenburgs mit listiger Unterstützung von DJV-„Justitiar“ Benno „The Loser“ Pöppelmann angemahnt hatte, wurde Björn Hensel zum neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. An die Stelle des aus beruflichen Gründen amtsmüden Sören Patz trat als weiterer Stellvertretender Vorsitzender Klaus D. Minhardt.

Die weiteren Vorstandsämter blieben zunächst unberührt. Doch ließ der Vorsitzende Witt erkennen, daß sein fortdauernder Klinik-Aufenthalt wohl bald eine Neuorganisation der Vorstandsarbeit erforderlich machen werde. Daß der DJV-Bundesverband auf „menschlich schäbigste Art“ seine schwere Erkrankung zu einer Vernichtungskampagne durch Insolvenzanträge ausnutze, erfordere erhöhte Handlungsbereitschaft, so Witt.

In Verbandskreisen rechnet man nun mit einer Stärkung der Rolle von Hans Werner Conen, der schon bisher als Bevollmächtigter vor allem dem Dachverband DJV „viel

Freude“ gemacht hat, wie er schmunzelnd feststellt. Conen: „Die ‚Tageszeitung‘ hat über mich geschrieben, ist sei ‚Staatsfeind Nummer 1‘ beim DJV. Ich finde das übertrieben. Aber wenn die sowas brauchen, stehe ich gern zur Verfügung.“

## DJV-BUNDESVERBAND I Suizid aus Angst vor der Freiheit

Es sollte wohl blankes Entsetzen bei den Länderinnenministern auslösen: Der DJV überlegt nach den Worten seines „Chefunterhändlers“ Benno Pöppelmann, aus den Gesprächen über die Neuordnung des Presseausweiswesens „auszusteigen“. Der Schrecken beim zuständigen Arbeitskreis I der Innenministerkonferenz ist ausgeblieben; die Oberen des abstiegsbedrohten Journalistenverbands haben sich zum Wundenlecken in die Troitzekke zurückgezogen.

Dabei berichtete Großjurist Pöppelmann seinen Schicksalsgefährten einmal mehr nur die halbe Wahrheit. Auf einer Sitzung mit dem Arbeitskreis der Innenminister in Würzburg, so der Mann, den sie „The Loser“ nennen, habe man doch tatsächlich erfahren, daß mindestens acht neue Journalistenverbände für würdig gehalten würden, künftig den mythisch überhöhten „bundeseinheitlichen Presseausweis“ ausgeben zu dürfen.

Eine eigens auf dem DJV-Verbandstag in Mannheim verabschiedete Protestresolution gegen den drohenden Reibach-Verlust (Motto: „Wir wollen unsere alte Pfründe wiederhaben“) dürfte bei den Innenministern, die ihre Pappenheimer ja kennen, nur noch müdes Lächeln hervorrufen.

Das Ende des profitträchtigen Oligopols ist damit klar; ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal von DJV und Verdi ist dahin.

Unerwähnt ließ Pöppelmann das Schreiben des federführenden Bayerischen Innenministeriums, in dem die Erklärung der Verhandlungsbereitschaft mit den „Neuen“ bis zum 20. November 2006 und eine Einigung bis zum 15. März 2007 gefordert wird (Der Stadl berichtete). Statt dessen jammerte der „Justitiar“, der die DJV-Kasse so gründlich geleert hat wie keiner zuvor, über die böse Konkurrenz. Einige der Verbände seien in Wahrheit unwürdig, weil sie nicht genügend oder die falschen Mitglieder hätten.



„Bundeseinheitlicher“ Presseausweis:  
Ist der DJV aus dem Geschäft?

An den „Argumenten“ des DJV hat sich seit vielen Jahren nichts geändert, nur hören will sie keiner mehr. Denn während die immer machtlosere „Gewerkschaft“ stehen bleibt, dreht sich die Welt weiter: Zwei „freie“, nicht-gewerkschaftliche Verbände haben schon bei Verwaltungsgerichten Urteile erstritten, die den Staat unter Zugzwang setzen. Weitere werden sofort klagen, wenn es nicht zu Verhandlungen derer kommt, die die Innenminister mit sanftem Druck an den Verhandlungstisch zwingen wollen.

Es ist der Fluch der bösen Tat: Hätte der DJV beizeiten den aufstrebenden jungen Verbänden das Angebot fairer Zusammenarbeit beim Presseausweis gemacht, hätte er sich dauernden Einfluß - als eine Art „Konsortialführer“ - sichern können. Jetzt, da die Rolle der niedergehenden Journalisten-„Gewerkschaft“ mehr und mehr die des ewig mordernden Bedenkenträgers ist, ruft

die Selbstmorddrohung des DJV nur noch Schulterzucken hervor.

Der Vorsitzende eines der „neuen“ Verbände zur Drohung des DJV, aus den Verhandlungen auszusteigen: „Prima. Eine Nervensäge weniger.“

Tempora mutantur ...

## DJV-PROPAGANDA Was du nicht willst, das man dir tu ...

Der DJV ist vor allem eins: Dagegen. Gegen Berlusconi, gegen Wettbewerb beim Presseausweis, gegen PC-Gebühren, gegen Stoiber, gegen „Newsroom“ und gegen „Rechts“ sowieso. Der jeden Sachinhalts entkleidete Mannheimer Verbandstag des Problem-Clubs lieferte wie vom Fließband Protest-Resolutionen und Moral-Appelle. Die Öffentlichkeitsarbeit des DJV, intern längst „Agitprop“ genannt, positioniert den Verband als griesgrämigen besserwisserischen Mekkaker.

Nun ist der DJV auch gegen „Restriktionen“. In einer flammenden Presseaussendung protestiert der aus der Konkusmasse der niedersächsischen SPD-Herrschaft billig übernommene „Pressesprecher“ Hendrik Zörner gegen „die Auflagen, mit denen Journalisten auf dem NPD-Bundesparteitag (... ) an ihrer freien und ungehinderten Berufsausübung gehindert wurden.“ Gemeint ist, daß Berichterstatter nicht während der ganzen Veranstaltung im Saal sein und sich dort auch nicht frei bewegen durften. Der hochempörte DJV-Vorsitzende Konken laut Pressemeldung: „Restriktionen gegen Journalisten sind Belege einer zutiefst undemokratischen Grundeinstellung.“

Solche Einfalt ist vor allem eins: Beleg für Wirklichkeitsverleugnung und Einäugigkeit beim Journalistenführer, der selber als „Marke-

tingexperte“ geht. Denn „Restriktionen“ für Berichterstatter sind Alltag in Deutschland und bei Veranstaltungen von Parteien und Wirtschaftsunternehmen, aber auch beim Sport flächendeckend.

Bilder und Redeausschnitte von der Hauptversammlung der Deutschen Bank liefert - die Deutsche Bank. Bei Siemens, RWE oder Telekom gibt es dicke Konvolute von „Restriktionen“ für Journalisten und einen einsatzfreudigen Ordnungsdienst, dessen Frisuren kaum anders als bei der NPD sind. Auf den Parteitag von CDU, CSU und SPD haben Journalisten und Kameras feste Plätze („Käfighaltung für Medienleute“) und dürfen sich allenfalls draußen vor der Tür austoben. Wer räsoniert, fliegt raus - je mehr „Volkspartei“, umso weniger Pressefreiheit. Allenfalls bei den Kleinen, bei FDP, Grünen und den Lafontaine-Kommunisten gibt's noch Reste von „Laissez faire, laissez aller“.

Der Gipfel ist allerdings das, was Journalisten in deutschen Fußball-Bundesliga-Stadien erleben: Sie sind fest verplanter Teil einer Multimedia-Marketing-Kette und werden von Managern und Sponsoren am Nasenring geführt. Journalistische Freiheit: Null.

Des naiven DJV-Mandarins und seines Agitprop-Hiwis Empörung über die bitterböse NPD ist eine Steilvorlage für die von eifernden Lichterkettenträgern gern ausgegrenzte Partei. Die hat nichts gemacht, was nicht andere auch machen. Wenn die Völkischen halbwegs clever sind, werden sie dem DJV bei jedem Parteitag der anderen, bei jeder Hauptversammlung eines DAX-Unternehmens, bei jedem Bundesliga-Spiel und bei jeder DJV-Veranstaltung die Pressemeldung unter die Nase halten - und auf Gleichbehandlung pochen.

Zum Beispiel bei der jüngsten Jahresversammlung des von abgespaltenen Ex-SED-Seilschaften gegrün-

deten „Brandenburger Journalisten-Vereins“ (BJV). Dort wurde der Berliner Online-Journalist Burkhard Schröder - prominentes DJV-Mitglied - vom Vorsitzenden Thomas „Der Schokoladenmann“ Mensinger an der Berichterstattung gehindert und rabiät des Saales verwiesen. Begründung des Potsdamer Pressefreiheits-Freundes: Man wolle lieber unter sich sein, Öffentlichkeit sei unerwünscht.

So sehen es Neo-Nazis wohl auch.

Brandenburgs Minhardt: „Die Gutmenschen schlagen auf die auch mir unsympathische NPD ein, weil man so billigen Beifall einheimen möchte. Zugleich setzt man Journalisten bei der eigenen Hauptversammlung rabiät vor die Tür und hindert sie mit Gewalt, ihren Job zu tun. Völlig ungenierte Doppelmoral ist zum Markenzeichen des DJV geworden.“

DJV BADEN-WÜRTTEMBERG

## Der Steinewerfer aus dem Glashaus

Karl „Der Arbeiterführer“ Geibel, läuft immer dann zur Höchstform auf, wenn er moralische Unwerturteile über andere formulieren kann. Der Mann, der seit zwanzig Jahren in Baden-Württemberg weder Gegenkandidaten noch Kritik duldet und seine Ehefrau fürstlich aus der DJV-Kasse bezahlt, läßt sich bei seinen Kreuzzügen gegen Andersdenkende von Tatsachen nicht beeindrucken - oft kennt er die Fakten gar nicht.

„Es ist ekelregend,“ giftete der Sozialrentner im Gesamtvorstand des moribunden Journalistenclubs in Richtung auf Brandenburgs Hans Werner Conen, „daß sich dieser Mann auf der Intensivstation vom handlungsunfähigen Torsten Witt eine Vollmacht erschlichen hat.“

Das beifällige Gemurmel der anderen, die auch keine Ahnung vom

Sachverhalt hatten, sollte wohl zeigen: Auf Poltergeist Geibel und seine Fähigkeit, sich die Umstände, die er geißeln will, flugs selber auszudenken, ist eben Verlaß. Man braucht halt einen für die Drecksarbeit. Und da ist der vom Landgericht Hamburg in gleich drei Punkten der unwahren Berichterstattung überführte (er hat natürlich Berufung eingelegt) christlich-fundamentalistische Laienprediger aus dem bigotten Schwaben schon die beste Besetzung.

Daß Conen in Vollmacht Witts an den Gesamtvorstands-Sitzungen des DJV teilnimmt, ist schiere Normalität; die Arbeitsteilung im Brandenburger Vorstand sieht das vor. Die bislang letzte Sitzung mit Witt hat im Juni 2005 stattgefunden. Conen mußte sich deshalb keine Vollmacht „erschleichen“ - er hatte sie längst.



Geibel-Triumphbogen (im Höllental):  
Moral nach Bedarf

DJV HAUPTSTADTREGION

## Vier Lahme für ein Hallelujah

Natürlich wußte man es vorher - und hat es nicht trotzdem, sondern eben deshalb gemacht. Funktionäre sind halt so: In und um Berlin herum gibt es noch weniger als 4.000 DJV-Mitglieder. Vor dem seit Sommer2004 tobenden Sezessionskrieg waren es über 5.000. Zwar sind Gewerkschaften generell auf dem absteigenden Ast, aber zwanzig Prozent Minus in zwei Jahren ist rekordverdächtig.

In Friedenszeiten gab es zwei Landesverbände - den in Berlin und den in Brandenburg -, die gerade ihre Geschäftstellen zusammenlegen

wollten. Heute gibt es vier Verbände, die so gut wie nichts mehr gemeinsam haben - außer daß ihnen finanziell und auch sonst das Wasser am Halse steht.

Da ist der von Alt-SED-ern „outgesourcete“ Brandenburger Mini-Club von Thomas „Der Schokoladenmann“ Mensinger. Die Rotfront-Truppe mit dem „Chefiologen“ Specht war seit der Gründung im Sommer 2004 nie etwas anderes als ein verbandspolitischer Schwerst-Pflegefall. Alle skeptischen Vorhersagen wurden Wirklichkeit; als Darlehen verkleidete Riesen-Subventionen haben nichts geändert. Ab Januar 2006, so die niederschmetternde Bilanz auf der eigenen Homepage, droht der Gang zu Insolvenzrichter Dr. Graeber in Potsdam.



Spalter Thomas Mensinger (links):  
Wer gibt ihm 15.000 im Jahr?

Dann ist nicht nur Schluß mit Mensingers Routine-Griff in die Verbandskasse - es sollen rund 15.000 Euro im Jahr sein. Dann kommt auch die Stunde der Wahrheit für seine Wohltäter im Bundes- und diversen Landesverbänden, die sich bisher mit der Legende von rückzahlbaren „Darlehen“ aus der Falle der Schenkungssteuer gerettet haben. Wie man hört, sind die gut informierten Finanzämter schon auf dem Sprung.

Das gilt auch für die Berliner Spaltertruppe um den im „richtigen“ DJV-Berlin durch Wahlniederlagen

frustrierten Gerhard „Ein Mann will nach oben“ Kothy. Der hat sich jüngst auf der Mitgliederversammlung seines kleinwüchsigen „Vereins Berliner Journalisten“ (VBJ) seinen ganzen Ärger von der Seele geredet. Schuld an der Misere ist demnach vor allen der Umstand, daß mit nur knapp über tausend viel zu wenige Mitglieder bereit sind, für die sich gewerkschafts-typisch erst einmal selbst - z.B. mit vierzehn Luxusgehältern und üppigen Nebenleistungen - versorgende neue DJV-Bonzokratie zu bezahlen. Wie unter diesen Umständen die bisher verbratenen angeblichen „Darlehen“ je zurückgezahlt werden sollen ist nicht unklar: Gar nicht. Und dann greift die gesamtschuldnerische Haftung von Nehmern und Gebern für die Schenkungssteuer.



Marktführer Peter Pistorius (rechts):  
Verlorenes Jahr

Eine „Wiedervereinigung“ in Berlin ist in weite Ferne gerückt, seit Spaltpilz Kothy - taktvollerweise in Gegenwart des DJV-Berlin-Vorsitzenden Peter Pistorius - vom eigenen Micker-Verein als dem „gewünschten“ und „bestmöglichen“ fabulierte, während die anderen halt „überaltert“, „Fußlahme“ und „Altverband auf Bewährung“ sind. In Kothys Kunstwelt sind seine 300.000 Euro Schulden kein Problem, wohl aber die 100.000 bei der Konkurrenz. Ein Teilnehmer: „Das kostet. Soviel Arroganz und Doppelmoral und so wenig Erfolg rächen sich prompt. Mit Kothy will keiner mehr fusionieren. So kommt der Mann nie zum Chefsessel beim Spargelessen im Adlon.“

Der von den erfolglosen Putschisten stets als „Altverband“ abqualifizier-

te DJV-Berlin ist zur großen Verbitterung der selbsternannten Häuptlinge, denen die Indianer fehlen, unangefochtener Marktführer in der Region. Er hat mit rund 2.500 mehr Mitglieder als alle anderen zusammen. Kulpoks Nachfolger Peter Pistorius schreibt denn auch auf seiner Homepage eher süffisant über den eifernden Kothy: „Glückwunsch, Gerd!“ und merkt trocken an, mit peinlichem Selbstlob und einem wirren Übermaß an rückwärtsgewandten Emotionen sei 2006 ein „verlorenes Jahr“ rund um Berlin gewesen. Im Klartext: Die Mitglieder des abtrünnigen VBJ können gerne als Zahler zurückkehren in den Schoß des DJV-Berlin, die eingebildeten Weltverbesserer um Kothy sollen dorthin gehen, wo der Pfeffer wächst.



Notleidender Spalter Gerhard Kothy:  
Ein Winzling spukt große Töne

Klar, daß es so nichts wird mit der Wiedervereinigung. Aus lauter Krummen und Lahmen läßt sich kein Sprint-Meister backen.

Und der Landesverband Brandenburg, der - scheinbar - bei allem außen vor ist? Zwar ist die Handlungsfähigkeit seit dem schweren Schlaganfall des Vorsitzenden Torsten Witt eingeschränkt. Doch hinter den Kulissen ist der Brandenburgische „Außenminister“ Conen nicht untätig: „Wir müssen uns natürlich vorrangig um unsere Existenz kümmern, die von unseren ‚solidarischen‘ Bundesverband mit immer neuen Schurkereien angegriffen wird, jetzt sogar mit Insolvenzanträgen. Das kann noch schiefgehen. Wenn das aber abgearbeitet ist, werden wir eine klare Richtungsentscheidung treffen.“

Und die, so deutet es sich an, führt zu keiner Fusion mit anderen im Raum Berlin-Brandenburg. Der neue Potsdamer Vorstand sieht sich als „inhaltliche Alternative“ zum immer erfolgloseren Gewerkschaftskurs des DJV, den sich die „drei anderen leider kritiklos zu unterwerfen scheinen.“. Conen: „Das Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Vertretung nimmt rapide ab, das Bedürfnis nach berufsbezogenen Dienstleistungen nimmt stark

zu, auch und gerade in Berlin.“

Die Brandenburger wollen ohne ideologischen Ballast den Markt aufmischen: Wenn die anderen lieber mit der roten Fahne herumlaufen oder sinnlos unverbindliche „Berufsbilder“ basteln, für die sich keiner draußen im richtigen Leben interessiert, oder dem gestrigen Fetisch „Hauptberuflichkeit“ hinterherjagen, fragt man in Potsdam nur, was der Markt verlangt. Die Nach-

frage der Journalisten in der Hauptstadtregion schafft sich ihr Angebot, wie im Lehrbuch.

Die Konsequenzen aus dem schnellen Wandel sind, so Vorstandsmitglied Minhardt, „noch nicht spruchreif.“ Wie man aus Potsdam hört, wird aber in Kürze die Beschränkung auf das Land Brandenburg aufgehoben; weitere Deregulierung soll folgen. Minhardt: „Gute Ideen sind nun einmal grenzenlos.“

## Hausmitteilung

Wenn der Stadl ruhig und besonnen seine Bahn am DJV-Firmament zieht, bedeutet das nicht, daß hinter den Kulissen nicht der Teufel los ist. So wie Goebbels wußte, daß er seine SA-Horden zuerst zu den Funk- und Pressehäusern marschieren lassen mußte, so beißen DJV-Machthaber im Bundes- und in bestimmten Landesverbänden vor Wut in den Teppich, weil sie ihr Informationsmonopol im Verband verloren haben. Seine juristischen und technischen Versuche, die nicht kontrollierbare Kritik mundtot zu machen, haben den DJV bisher schon wieder viele tausend Euro gekostet. Von ein paar Stunden Blackout abgesehen, hat's nichts geholfen. Der Stadl weiß sich zu wehren - und baut die Präsenz im weltweiten Netz aus:

[www.stadl.info](http://www.stadl.info);

[www.stadl.biz](http://www.stadl.biz);

[www.derstadl.webkostenlos.de](http://www.derstadl.webkostenlos.de).

Die Nomenklatura des immer erfolgloseren Verbands will sich einfach nicht damit abfinden, daß der Stadl regelmäßig über Dinge berichtet, die nach Meinung derer im Bunker den DJV-Mitgliedern unbedingt verschwiegen werden müssen. Denn schon nach wenigen Stadl-Ausgaben zeigt sich: Die unmündig gehaltenen Mitglieder („Beitrag zahlen und Schnauze halten!“) fragen immer öfter und immer drängender nach den Tollheiten der lu-

xuriös bezahlten Gewerkschaftsbonzen.

Über das - bisher sorgfältig geheim gehaltene - Wohlleben einiger weniger Insider auf Kosten von Mitgliedern, die vergeblich nach den Leistungen der Bonner Tarif-Maulhelden fragen, will der Stadl nun noch kritischer berichten.

Natürlich würden wir vom Stadl schon aus Respekt vor unseren Lesern nie behaupten, daß unsere Berichte über den erneuten Rauswurf des Landesverbands Brandenburg auf dem Verbandstag in Mannheim für den Mißerfolg des Antrags gesorgt haben. Doch inzwischen nicht mehr beliebig an der Nase herumführbare Delegierte haben schon im Vorfeld soviel Unmut über den von persönlichem Haß geprägten Rauswurf-Versuch geäußert, daß Konkens Vorstand eine peinliche Niederlage fürchten mußte - und zurückzog.

Wer sich für Presse-Probleme in Hinterindien interessiert, greift beherzt zum ferngesteuerten Zentralorgan „Journalist“. Wer etwas aus dem Innenleben des DJV wissen möchte, nimmt den unabhängigen Stadl zur Hand.

Fazit: Ohne Stadl fehlt etwas. Und wer dem Stadl „Ich hab' dich lieb!“ sagen will, nimmt die E-mail-Adresse [info@stadl.info](mailto:info@stadl.info).

Herzlichst, Ihr Stadl

**Und wie weiter  
in diesem Theater?  
Da schauen wir einmal.**

„Ich weiß nicht,  
was soll es bedeuten,  
daß ich im DJV bin.  
Ideen aus uralten Zeiten  
machen heute doch  
nicht mehr viel Sinn.“

**Der Stadl.  
Konken findet  
ihn abscheulich.**

„Die fiesen Raffkes sitzen  
in Bonn ganz wunderbar.  
Die Euros nur so blitzen  
sie kochen uns recht gar.  
Ich glaube,  
die Dummen verschlingen  
am Ende Schiffer und Kahn.  
Und das haben  
mit linkem Singen  
Konken und Geibel getan.“

**Der Stadl.  
Dabei sein,  
wenn's kracht.**

## „Wir siegen, weil wir siegen müssen“

Der Journalisten-Verband zieht ins vierte Kriegsjahr, das den Endsieg über den Rest der Welt bringen soll - sonst halt im fünften Kriegsjahr

von \* \* \*

„Das großgezählte Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr zu finden.“

*Bertolt Brecht*

Der Tag, an dem Konken kam, war unspektakulär. Der Wechsel an der Spitze des Journalistenverbands von einem biederen Ruhrpott-Apparatschik zu einem Nichtjournalisten und Marketingberater, für den sein früherer Arbeitgeber keine Verwendung mehr hatte, war den Journalisten im Lande bestenfalls einen Dreizeiler unter „Vermischtes“ wert. Und die Eröffnungsbilanz war durchwachsen, aber nicht wirklich schlecht - fast 42.000 Mitglieder, regelmäßige Lohnerhöhungen, ein kleines finanzielles Polster.

Der Tag, an dem Konken gehen wird, ist noch nicht angebrochen. Nach drei „schrecklichen Jahren“ ist die (Zwischen-) Bilanz verheerend:

Zum ersten Mal in seiner Geschichte sinkt die Mitgliederzahl des DJV offenbar nachhaltig und unumkehrbar. Während der Mitgliederverlust bei anderen Gewerkschaften pro Jahr etwa drei Prozent beträgt, verliert der DJV überproportional fast sechs Prozent im Jahr. Von fast 42.000 Beitragszahlern vor zwei Jahren sind noch etwas über 39.000 übrig. Wenn Konken, was man fürchten muß, im November 2007 um Wiederwahl durch das übliche gedankenlose Stimmvieh aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg einkommt, dürfte die Zahl auf weit unter 38.000 gesunken sein.

Das bloße Sinken der Mitgliederzahl ließe sich - vor allem, wenn nicht rentable Mitglieder gehen - noch verkraften. Es gehen aber die Falschen, nämlich jüngere Vollzahler. Wenn noch neue Mitglieder kommen, dann sind es weit überdurchschnittlich „Hungerleider“, die nur wenig Beitrag zahlen und weit überproportional Leistungen wie Rechtsschutz verlangen; solche Mitglieder decken ihre Kosten nicht. Es findet also ein

Austausch „gebender“ Mitglieder hin zu „nehmenden“ Mitgliedern statt. So sind unter den gut tausend Mitgliedern im „neuen“ Berliner Verband fast vierhundert, die mehr kosten als einbringen - und die man unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten besser nicht aufgenommen hätte. Schon vor zwei Jahren hat der Bayerische Journalisten-Verband in einem Geheimpapier eine klare Tendenz beklagt, durch die die Schere zwischen stark steigenden Kosten und immer weiter sinkenden Einnahmen stets größer wird.

Die beiden sich gegenseitig fördernden Entwicklungen führen zu immer größeren Einnahmeverlusten zunächst bei den Landesverbänden, die derzeit das wirtschaftliche Risiko allein tragen. Der Bundesverband leidet nur unter dem Mitgliederschwund als solchem, denn er erhebt von den Landesverbänden ein „Kopfgeld“ von 6,22 Euro je Nase und Monat. Noch kann den blendend bezahlten Funktionären des Bundesverbands wurscht sein, wie hoch der tatsächliche Durchschnittsbeitrag in den Ländern ist. Doch es ist absehbar, daß die Landesverbände, denen wegen der festen Abführung nach Bonn unterm Strich immer weniger Geld in der eigenen Kasse bleibt, dabei nicht mehr mitmachen. Die jetzt schon sinkenden Einnahmen des DJV werden dann ihren Drive nach unten deutlich beschleunigen.

Nichts ist so teuer wie Krieg. In einer Lage, die durch sinkende finanzielle Mittel gekennzeichnet ist, leistet sich der DJV - seit nun drei Jahren - einen Vielfrontenkrieg gegen seine eigenen Landesverbände Berlin und Brandenburg. Aus dem beabsichtigten „Blitzkrieg“ - „In drei Monaten ist alles vorbei, die neuen Verbände haben alle Mitglieder, die alten Verbände sind pleite“, hieß es - ist das teuerste und nutzloseste Unterfangen des DJV seit seiner Gründung geworden. Inzwischen sind sämtliche Geldreserven des Verbands restlos aufgebraucht, die - erfolglose - Bekämpfung der einen und die Waffenhilfe für die anderen haben weit mehr als eine Million Euro allein beim Bundesverband verschlungen, ohne daß irgendein Nutzen erkennbar wäre. Selbst wenn das Niederwerfen etwa des be-

sonders verhaßten Landesverbands Brandenburg doch noch gelänge, wäre das kein Vorteil. Der mit enormen Summen subventionierte Parallelverband ist bald genauso pleite.

Alle Parteien in dem absurden Krieg haben bisher massiv verloren, niemand hat etwas gewonnen - und so wird es bleiben.

Doch ungerührt setzt der Verband seinen Krieg gegen sich selbst fort - jetzt geht es ins vierte Kriegsjahr, Stalingrad ist nicht mehr weit. Es scheint, daß in der DJV-Zentrale Leute sitzen, die außer „Immer feste druff“ nichts kennen - Milieugeschädigte aus der Unterschicht mit wenig Denkvormögen und hohem Aggressionspotential. Dabei sind die ursprünglich genannten „Kriegsgründe“ längst wie Butter in der Sonne geschmolzen. Aus Dutzenden von Gerichtsprozessen wissen die DJV-Warlords, daß an „Internationaler Verschwörung von Rechtsextremisten“ oder „Wahlfälschung“ nichts dran ist. Neue Gründe hat der DJV nie genannt. Wird die nächste Million ausgegeben für einen grundlosen Krieg, für die Privatkriege beleidigter Leberwürste, in denen es nur noch um persönliche Rache für Kränkungen geht?

Konkens (Zwischen-) Bilanz nach drei Jahren ist - gemessen an den verkündeten Zielen - völlig verheerend: Auf allen Gebieten steht der DJV heute deutlich schlechter da als im November 2003.

Bis heute kennt man den „Vater“ der Entscheidung nicht, die Verbände Berlin und Brandenburg auszuschießen. Es ist ohne Zweifel die mit Abstand größte und teuerste Dummheit, die der DJV je gemacht hat. Und sich für „Bürgerkrieg“ zu einem Zeitpunkt zu entscheiden, da alle Kräfte - nicht nur die finanziellen - angesichts von Wirtschaftslage und Globalisierung für die Interessenvertretung dringender denn je gebraucht werden, ist die „Dummheit in der Dummheit“.

Da ist es kein Wunder, daß bei Tarifverhandlungen und Urheberentgelten sich Mißerfolg an Mißerfolg reiht. Denn die jeweilige Gegenseite weiß inzwischen, daß sich der DJV selbst zum Papiertiger herabgestuft hat, den man im harten Interessengeschäft nicht mehr ernst nimmt. Niemand, nicht einmal der DJV selbst, rechnet noch mit nennenswerten Erfolgen im „Kerngeschäft“; die nächsten Tarif-Niederlagen sind vorprogrammiert.

Hilfe ist von keiner Seite zu erwarten. Im Gegenteil, die Geier warten schon. Die Multi-Gewerkschaft Verdi, auch von Mitgliederschwund und Geldsorgen gequält, genießt inzwischen bei vielen Arbeitgebern - so in Nordrhein-Westfalen - den Ruf, einigermaßen vernünftig, sachlich und flexibel zu sein. In einer Zeit, da sich jeder selbst der Nächste ist, nehmen Bsirskes Funktionäre den unerwarteten Vorteil gerne auf. Der DJV hingegen, der lange Jahre als bürgerliches Korrektiv zu den Verdi-Proleten galt, befremdet immer öfter durch dümmliche Klassenkampf-Sprüche, z.B. vom

Unterschichten-Guru Karl „Der Arbeiterführer“ Geibel.

Auch eine seiner letzten Trumpfkarten, den „bundes-einheitlichen“ Presseausweis, hat der DJV (durch den stets anmaßend-arrogant auftretenden „Justitiar“ Pöppelmann) verspielt. Natürlich wird bei einem auf zunächst zwölf ausstellungsberechtigte Verbände ausgeweiteten Anbieterkreis kein Journalist beim teuersten Angebot zugreifen. Das gilt erst recht für die Mitgliedschaft, die beim DJV für Besserverdiener 350 und bei anderen gerade einmal 80 Euro kostet, inklusive Presseausweis.

Wäre Konken im Vorstand auch nur eines mittelständischen Unternehmens wo immer in Europa, man hätte ihn und seine Mischpoke längst mit Schimpf und Schande davongejagt. Der Mann wäre Hartz-IV-Kandidat, denn auch sein früherer Arbeitgeber, die SPD-regierte Stadt Wilhelmshaven will den SPD-Genossen wohl nicht zurücknehmen. Wäre Konken in der Politik, könnte er von Glück sagen, wenn man für ihn ein Versorgungs-Pöstchen in einem kleinen Stadtwerk gefunden hätte.

In beiden Fällen hätten Journalisten - bei „Spiegel“, „Focus“, „FAZ“ und „Süddeutscher“, aber auch beim „Bonner General-Anzeiger“ oder der „Leipziger Volkszeitung“ so lange und so kritisch geschrieben, bis der Versager entsorgt gewesen wäre. Kaum ruiniert einer, der es nun wirklich nicht kann, keine Firma und keine Stadt, sondern den Journalistenverband, versinken Journalisten in tiefes Schweigen. Soviel Entäußerung in eigener Sache ist schon unheimlich, auch wenn die prominenten und die guten Journalisten mehrheitlich mit Vereinsmeierei bekanntlich nichts zu tun haben wollen.

Ob dann Mitleid hilft? Noch nie war der DJV so bedeutungslos und wirkungslos wie heute. Was nicht heißt, daß es nicht noch schlimmer kommen wird. Schließlich ist Konken erst 53.

---

*Der Autor ist Medienwissenschaftler  
an einer deutschen Universität.*

Der Stadl ist ein guter Mann,  
kernfest und auch von Dauer.  
Weil Konken seine Sach' nicht kann,  
liegt d'r Stadl auf der Lauer.

Der Stadl ist für alle da,  
die Anstand praktizieren.  
Drum rufen alle lauthals ja,  
der Stadl soll regieren.

**Der Stadl. Anstand ist machbar,  
Herr Nachbar!**

# Personalien

**Thomas Rommerskirchen**, „Medienfachverleger“, teilt als Auftrags-Apparatschik des DJV-Zentralorgans „Journalist“ das VerliererSchicksal des Verbands. Beim Landgericht Köln, wo der oft nach Gutsherrenart auftretende Mann aus Remagen am Rhein nach den Worten des Vorsitzenden der 31. Zivilkammer als „uneinsichtige Partei“ übel bekannt ist, fing sich Rommerskirchen jetzt ein weiteres Unterlassungs-Urteil ein. Erstritten hat es Johann Oberauer, Verleger des Medium-Magazin, der monierte, daß Hoflieferant Rommerskirchen mit der dreisten Unwahrheit im Wettbewerb auftrat, alle DJV-Mitglieder zu beliefern, obwohl er einen ganzen Landesverband - den in Brandenburg - unstreitig nicht auf der Kundenliste hat. Rommerskirchen täuschte also vor allem seine Anzeigenkunden über die Verbreitung des „Journalist“. Bei Gericht bestand er - die Nähe zum DJV ist unverkennbar - bizarrerweise darauf, einfach weiter lügen zu dürfen. Damit ist jetzt Schluß - bis zum nächsten Mal.

**Klaus Minhardt**, neu in den Brandenburger Vorstand eingerückter Vorsitzender des Online-Ausschusses des DJV-Brandenburg, zog eine beruhigende Bilanz des „Journalist“-Boykotts durch den Bundesverband. Eine aktuelle Untersuchung habe ergeben, daß nur wenige Mitglieder überhaupt bemerkt hätten, daß das „öde Zentralorgan“ (Minhardt) nicht mehr geliefert werde. Noch weit weniger Brandenburger seien in den darbenenden „Mensing-Club“ übertreten, der mit massiver Hilfe von DJV und Verlag Rommerskirchen Abwerbung mit dem „Argument“ betrieben habe, es locke der „Journalist“. Minhardt: „So gut wie niemand vermißt das Blättchen. Unsere ursprüngliche Absicht, wegen des Boykotts separat zu klagen, konnten

wir deshalb zunächst stornieren.“

**Gerhard Kothy**, Berliner DJV-Spalter und Vorsitzender des überschuldeten Vereins Berliner Journalisten (VBJ), hat sich eine kuriose neue Form der Apartheid ausgedacht. In einem angenommenen Antrag für den Verbandstag des DJV fordert der glücklose Spaltpilz die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines „Berufsbildes“, das schon bisher niemand brauchte. Kommissionen dienen im DJV dazu, ehrenamtlichen Funktionären durch Sitzungsgelder, Spesen und überhöhte Reisekostenerstattungen ähnlich hohe dauerhafte Einnahmen zu verschaffen wie den luxuriös bezahlten Angestellten. Alle sollen einen Teil der Beute bekommen, nur der „böse“ Landesverband Brandenburg nicht, dessen Ausschluß auf dem Mannheimer Meeting schon wieder mißlang. Deshalb verlangt Kothy als selbsternannter Leuchtturm der „Guten“, die Kommission solle „maximal 17 Mitglieder“ haben. Wer da von den 18 DJV-Verbänden - streng demokratisch natürlich - vor der Tür bleiben muß, ist klar. Demokratie nach DJV-Art.

**Petra Blum**, Mitarbeiterin der alternativen „Tageszeitung“ („TAZ“), strebt offenbar eine Karriere als Märchentante an. In einem am 10. November 2006 erschienenen Bericht über den Verbandstag des DJV fabuliert Blum tatsachenfrei, Brandenburgs Conen sei „des Saales verwiesen“ worden. Dann dreht die Linkschreiberin voll ins Reich der Phantasie ab: „Conens Anwalt“ habe überraschend „verkünden lassen“, daß es in Brandenburg Mitglieder gebe, „die nicht mehr streiten wollen“. Der Anwalt angeblich weiter: Der Verband sei finanziell ruiniert und es sei Insolvenz beantragt. Conen: „Mein Anwalt Professor Him-

melsbach war gar nicht da; er hat nichts erklärt und nichts erklären lassen, natürlich auch nicht solchen Unsinn.“ Tätig geworden ist der Anwalt inzwischen aber schon: Er fordert Gegendarstellung, Richtigstellung und Unterlassung. Conen nimmt den Erfindungsreichtum gelassen: „Gesinnung statt Fakten. Typisch links. Typisch TAZ.“

**Michael Konken**, SPD, glückloser Marketingberater ohne erkennbare Tätigkeit und (dennoch) DJV-Vorsitzender, versuchte sich als Gerüchteverbreiter. Wie Brandenburgs Hans Werner Conen im engsten Kreis berichtete, tönte der „Totengräber des DJV“ am Rande einer Sitzung in Mannheim so laut, daß Conen es hören mußte, der verhaßte Kritiker zocke schamlos bei den Reisekosten ab. Er sei aus dem benachbarten Frankreich gekommen, rechne aber Kosten für die Reise vom sehr viel weiter entfernten Berlin ab - Konken-typische freie Erfindung. Conen hat weder für Mannheim noch überhaupt jemals Reisekosten abgerechnet oder erstattet erhalten. Conen: „Wer ein Ehrenamt übernimmt, muß Geld mitbringen und Reisen selbst bezahlen. Die DJV-typischen Hungerleider, Spesenritter und Buffet-Schnorrer sollten nicht von sich auf andere schließen.“

**Benno Pöppelmann**, DJV-„Justiciar“ und als „The Loser“ bekannter größter Prozeßverlierer des deutschen Verbandswesens, hat sich schon wieder blamiert. Seine Aufgabe: Die mit ohnmächtigem Haß verfolgten Kritiker und Enthüller vom Stadl endlich mundtot zu machen. Vor allem seit der Stadl jederzeit und außerhalb jeder Kontrolle im Internet die peinlichen Hirnlosigkeiten des niedergehenden Journalisten-Clubs bekannt macht, versucht „The Loser“, die Webseite zu „kil-

len“. Dazu beschäftigt er für viel Geld eine große Anwaltskanzlei, die es mit dumpfen Drohungen gegen Internet-Provider versucht - vergeb-

lich. Auch die Polizei soll Hilfs- und Spanndienste gegen Kritik und Meinungsfreiheit leisten: Weil Konken und Genossen die beleidigte Leber-

wurst geben, ermittelt die Berliner Polizei seit Monaten - ohne Ergebnis.

## Briefe an den Stadl

Zu: Abstieg in die Amateurliga  
(Der Stadl, November 2006)

Ich war Delegierter in Mannheim. Es war schon verblüffend, wie geschickt die Verbandsführung um alle auch nur entfernt „gefährlichen“ Themen herum lavierte. Der Verband pfeift finanziell auf dem letzten Loch, aber das hat keinen interessiert.

Berlin B. S.

Der Stadl übertreibt. Der DJV war noch nie in irgendeiner Oberliga, aus der er absteigen könnte. Was in Mannheim geschehen oder besser: nicht geschehen ist, nötigt aber Respekt ab. Kein Wort zu den wirklichen Problemen, über alles süße Soße. War doch ganz professionell.

Greifswald J. L.

Es ist doch klar, daß man in der Öffentlichkeit keine schmutzige Wäsche wäscht. Ich bin aber sicher, daß die Führung intern alles aufarbeitet. Da können wir Mitglieder volles Vertrauen haben in die, die für uns viele Mühen auf sich nehmen.

Dülmen D. H.

Einerseits halte auch ich die Methode, Brandenburg durch Manipulationen in den Ruin zu treiben, für nicht in Ordnung. Da ist es ein Zeichen von Vernunft, daß die Delegierten einen Rauswurf mit der Begründung wohl abgelehnt hätten. Andererseits fehlt mir von Brandenburger Seite das Entgegenkommen in Richtung Bundes-DJV. Conen und Witt müssen auch Kompromisse machen.

Perleberg D. W.

Zu: Klatsche für die Oligarchen  
(Der Stadl, November 2006)

Der Presseausweis wird völlig überschätzt. Ich brauche ihn vielleicht zweimal im Jahr.

Frankfurt am Main G. U.

Typisch DJV: Erst den großen Maxe raushängen und dann eins auf den Deckel kriegen. Es sieht ganz so aus, als würde sich der Verband hier selbst ins Abseits bringen. Darauf warten doch die anderen nur.

Langen-Mörfelden K. H.

Natürlich kaufe ich den Presseausweis da, wo er am billigsten ist. Ich bin doch nicht blöd.

Bergisch-Gladbach H.K. P.

Es wäre wirklich schön, wenn der DJV wenigstens noch den Pluspunkt Presseausweis gegenüber anderen hätte. Es sieht aber so aus, als machten die Führungsleute alles falsch, was man falsch machen kann. Schade.

Göttingen L. J.

Zu: Der Preis der Freiheit?  
(Der Stadl, November 2006)

Ich bin erschüttert, wie mein DJV auf die schwere Krankheit von Herr Witt reagiert hat. Offenbar leben wir in Zeiten, wo es keine Moral mehr gibt.

Hagen M. Z.

Witt mag den DJV sehr geärgert haben. Bei einer so schweren Erkrankung muß man aber einen „Waffenstillstand“ schließen, bis er wieder

handeln kann. Ich frage mich: Was ist nur aus unserem DJV geworden?

Volkach K. O..

Zu: Conen-Interview  
(Der Stadl, November 2006)

Auch wenn Conen nur Kreide gefressen hat, muß man mit Brandenburg reden. Er hat Recht, daß die Sprachlosigkeit überwunden werden muß. Ich begreife nicht, was den Bundesverband hindert. Man kann viel gewinnen und nichts verlieren.

Bad Tölz Z. W.

Zu: Unternehmer-Gewerkschaft DJV  
(Der Stadl, November 2006)

Eine Gewerkschaft ist eine Gewerkschaft. Bisher hat das mit den Tarifverträgen doch geklappt und ich hatte auch Vorteile davon. Da sollte der Stadl die Pferde nicht scheu machen.

Magdeburg P. v. S.

Mit dem Verlust der Tariffähigkeit mußte man rechnen. Festangestellte sind nur eine Minderheit im DJV. Und ein Kläger wird sich finden. Die DGB-Gewerkschaften sind scharf auf unsere Mitglieder. Man bedenke nur, was die IG Metall in Stuttgart mit der Christlichen Gewerkschaft gemacht hat.

Esslingen J. D.

Tariffähigkeit? Gewerkschaft? Ist mir egal. Ich bin Freier.

Nieder-Olm D. W.

# Der Stadl

Streng geheime Nachrichten für DJV-Funktionäre

Internet: [www.stadl.info](http://www.stadl.info)

E-mail: [info@stadl.info](mailto:info@stadl.info)

Der Stadl wird herausgegeben von der Zentralstelle für das deutsche Gesinnungswesen mit freundlicher unfreiwilliger Unterstützung des DJV. Der Stadl unterliegt der zwanghaften Selbstkontrolle.

Der Stadl erscheint nach Bedarf. Die näheren Umstände sind geheim.

Der Stadl wird über Kooperationspartner im DJV vertrieben. Er kann auch aus dem Internet unter [www.stadl.info](http://www.stadl.info) heruntergeladen werden. Ein Rechtsanspruch auf den Stadl besteht nicht.

Wer den Stadl nachmacht oder verfälscht oder einen nachgemachten oder verfälschten Stadl in den Verkehr bringt, wird mit Absingen der Internationale nicht unter 99 Strophen sowie Auspeitschen bestraft.